

 **Stadt.** **Land.** **Bach.****Bela Bach MdB**

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

die letzte Sitzungswoche des Bundestages ist vorbei. Wir haben zahlreiche wichtige Gesetze in dieser Woche durch den Bundestag gebracht, es gibt mehr **ÖPNV-Förderung**, mein **Antrag gegen die Diskriminierung israelischer Fluggäste** wurde verabschiedet und der **Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zur Pkw-Mautaffäre** wurde vorgestellt.

Ebenso berichte ich in diesem Newsletter über meine **Teilnahme an der Wahlbeobachtungsmission von OSZE und Europarat in Armenien.**

Viel Spaß bei der Lektüre!

# ■ Noch einmal eine Milliarde Euro extra für den ÖPNV

**In der Sitzung vom 24. Juni haben wir das Regionalisierungsgesetz geändert. Es regelt die sogenannten Regionalisierungsmittel - Gelder, mit denen der Bund den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) der Bundesländer fördert.**

Der ÖPNV ist grundsätzlich Sache der Länder, die diese Gelder auch nach eigenem Bedarf dafür einsetzen können. Schon im letzten Jahr haben wir einmalig 2,5 Milliarden Euro zusätzlicher Mittel zur Verfügung gestellt. Erhöht haben wir diese Mittel jetzt nochmal um eine Milliarde Euro. In den Jahren 2020 und 2021 wird der von der Pandemie am ÖPNV bewirkte Schaden auf insgesamt sieben Milliarden Euro geschätzt. Durch die zusätzlichen Hilfen von insgesamt 3,5 Milliarden Euro trägt der Bund etwa die Hälfte dieser Schäden. Insgesamt werden dieses Jahr übrigens 10,3 Milliarden Euro bereitgestellt, die regulären Regionalisierungsmittel werden jedes Jahr bis 2031 um weitere 1,8 Prozent pro Jahr steigen.

# Noch einmal eine Milliarde Euro extra für den ÖPNV

Fortsetzung von Seite 2

Das ist eine Menge Geld, die wir zur Verfügung stellen. Doch diese Mittel verhindern, dass durch die Fahrgeldausfälle Rückschläge im ÖPNV-Ausbau drohen. **Und für uns als SPD ist klar: Die Corona-Pandemie darf nicht unsere Fortschritte und auch nicht unsere zukünftigen Ziele in der Mobilitätswende zunichtemachen.** Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel stand ganz in diesem Sinne. Denn wenn wir aus dieser Krise hinaussteuern, indem wir Fortschritt bei Klimaschutz und Mobilität opfern, wird das andere handfeste Probleme hervorrufen.

## der Abschlussbericht ist da

**In seinem Abschlussbericht kommt der 2. Untersuchungsausschuss - bekannt als PKW-Maut-Ausschuss - zu dem Ergebnis, dass beim Vergabeverfahren zur geplanten PKW-Maut keine offensichtlichen Rechtsverstöße begangen wurden.** Viele Fragen seien aber noch immer offen. Zur Erinnerung: Geplant war eine sogenannte Infrastrukturabgabe (PKW-Maut) auf deutschen Autobahnen einzuführen, die deutsche Nutzer wieder erstattet bekommen hätten. Im Juni 2019 erklärte der Europäische Gerichtshof allerdings, dass es sich hierbei um eine Ungleichbehandlung von Inländern und EU-Ausländern handelt. Das ist nach EU-recht nicht zulässig und infolgedessen wurde das Mautvorhaben gekippt.

Die Mautaffäre etnstand vor dem Hintergrund, dass Verkehrsminister Andreas Scheuer noch vor der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs einen Vertragsabschluss mit den künftigen Betreibern der Maut herbeiführen wollte. Durch den überhasteten Vertragsabschluss und durch mögliche Fehler im Vergabeprozess sollen äußerst hohe Schadensersatzforderungen durch diese Betreibergesellschaften entstanden sein. **Nach dem Scheitern der Maut fiel schließlich ein Schadensersatz in Höhe von 560 Millionen Euro an.**

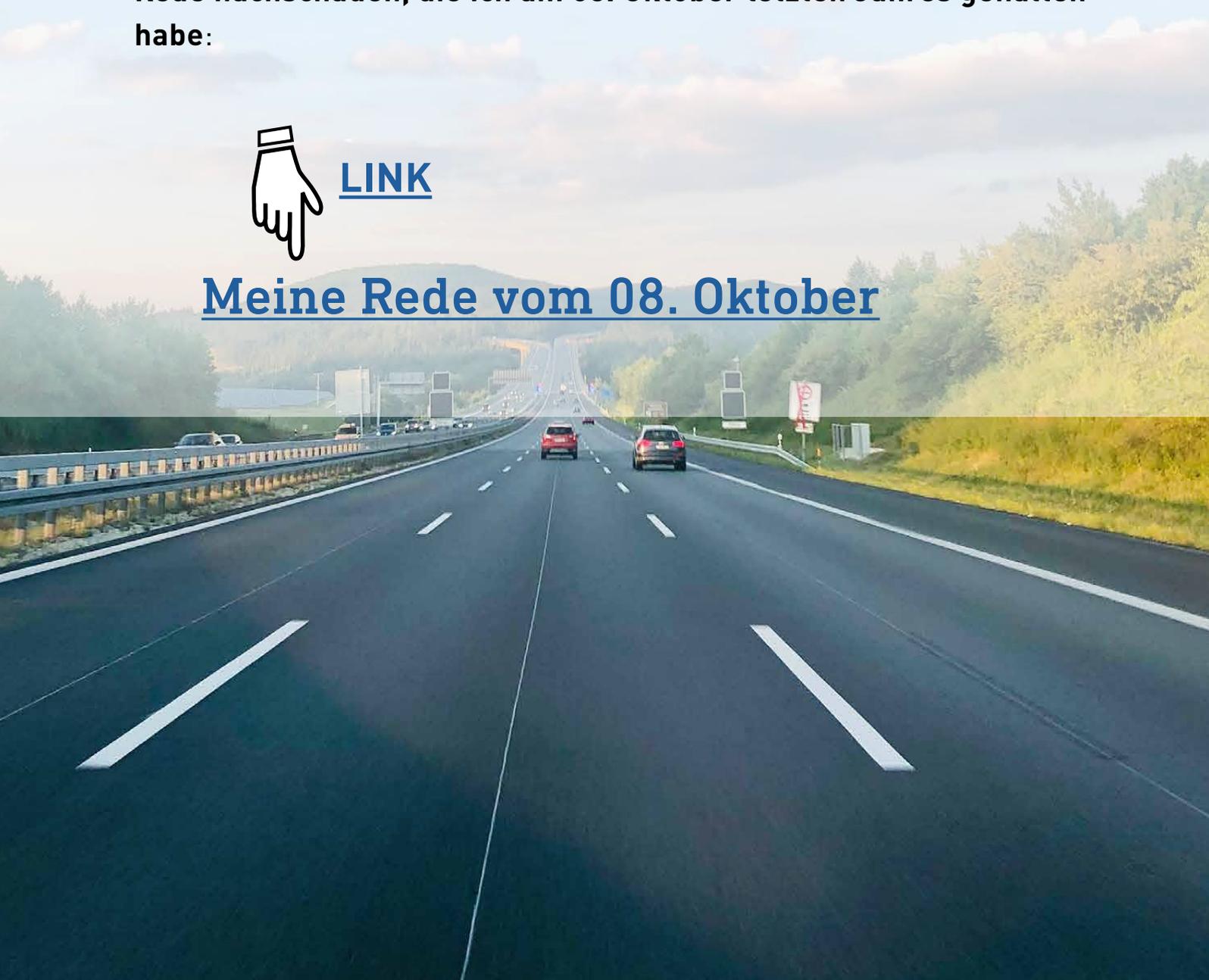
Der Abschlussbericht kommt nun zu dem Schluss, dass dem Risiko, der Europäische Gerichtshof könne das Vorhaben kippen, mehr Gewicht hätte zukommen müssen. Das betreffe vor allem die genannten Schadensersatzforderungen. Es konnte aber auch "kein Fall einer Lüge, bewusster Verheimlichung oder Manipulation seitens des BMVI [Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur] oder von Herrn Bundesminister Scheuer MdB persönlich glaubhaft nachgewiesen werden", heißt es in dem Bericht.

**Weshalb ich das Debakel mit der Maut als Kollektivversagen der CSU einordne, das bis ins Jahr 2013 zurückgeht, könnt ihr in meiner Rede nachschauen, die ich am 08. Oktober letzten Jahres gehalten habe:**



[LINK](#)

[Meine Rede vom 08. Oktober](#)



# **Bundestag positioniert sich gegen die Diskriminierung israelischer Fluggäste**

**Als zuständige Berichterstatterin für Fluggastrechte habe ich einen Antrag verfasst, der zum Ziel hat, die Diskriminierung israelischer Fluggäste zu beenden. Letzte Woche hat ihn der Bundestag beschlossen.**

Es ging vor allem darum, die gegenüber israelischen Staatsbürgern diskriminierende Rechtslage Kuwaits herauszustellen und mit Sanktionsmöglichkeiten zu versehen.

Die eindeutige Positionierung war notwendig geworden, weil Kuwait Airways seine auf dem kuwaitischen Einheitsgesetz von 1964 beruhende Praxis, auf keinem seiner Flüge israelische Staatsbürger zu befördern, über Jahre auch trotz andauernder Rechtsstreitigkeiten nicht geändert hat.

**Gleiches gilt aber z.B. auch für die Lufthansa:** Aufgrund kuwaitischer Einreisebestimmungen, darf die Lufthansa keine Israelis befördern, wenn sie bspw. von Frankfurt nach Bangkok fliegt und in Kuwait ein Transit stattfindet.

# **Bundestag positioniert sich gegen die Diskriminierung israelischer Fluggäste**

Fortsetzung von Seite 6

**Die bisherige kuwaitische Rechtslage ist eine Missachtung gegenüber Israel.** Wir haben dies in unserem Antrag von letztem Freitag, der mehrheitlich vom Bundestag angenommen wurde, klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Eine solche Praxis der Nichtbeförderung ist mit unseren deutschen und europäischen Werten nicht zu vereinbaren. Wenn sich an diesem Umgang nichts ändert, werden wir kuwaitischen Luftverkehrsunternehmen keine weiteren Verkehrsrechte gewähren. Das ist ein deutliches Signal des Bundestages an die Bundesregierung. Insofern ist das sehr begrüßenswert.

**Nichtsdestotrotz hätte ich mir persönlich mehr Konsequenz im Umgang mit Antisemitismus gewünscht, zum Beispiel als letzte Maßnahme auch die Kündigung des Luftverkehrsabkommens durchzusetzen. Ich sehe diesen Antrag daher als einen Aufschlag an die Parlamentarier, bei der Bundesregierung nicht locker zu lassen.**



[Link zum Antrag](#)



[Link zum Artikel in der "Welt" vom 23. 06. 2021](#)



# „Mitte Studie“ der

## Friedrich-Ebert-Stiftung

Die „Mitte“ ist gefordert, gegenüber Rechts-  
extremismus und Rassismus Haltung zu zeigen und  
Position zu beziehen

**Alle zwei Jahre untersucht die Mitte-Studie für unsere Friedrich-Ebert-Stiftung rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in der deutschen Gesellschaft.**

Die neue Ausgabe, die vergangene Woche in Berlin vorgestellt wurde, zeigt: die „Mitte“ ist gefordert, Haltung zu zeigen, Position zu beziehen und ihre Demokratie zu stärken. Herausgeber der Studie für die FES sind die Extremismus erforschenden Professor Dr. Andreas Zick, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld und Professorin Dr. Beate Küpper, Hochschule Niederrhein.

**Selten war die gesellschaftliche Mitte so »gefordert« wie heute, stellen sie nun fest.** Rechtsextremismus, Populismus und Rassismus setzen ihr zu. Die „Mitte“ sei gefordert, Haltung zu zeigen, Position zu beziehen und ihre Demokratie zu stärken! Dazu hat sie das Potenzial. Hasskampagnen, Gewalt, rechter Terror und neue rechte Gruppen haben die Mitte in den vergangenen Jahren getroffen. Nun kommt die Coronapandemie mit globalen Unsicherheiten und unkalkulierbaren Folgekrisen dazu. Was heißt das für die demokratische Orientierung der Gesellschaft? Die Mitte-Studie 2020/21 erkennt sowohl Entwicklungen, die die Demokratie

BLACK LIVES MATTER!

fördern, als auch solche, die sie gefährden. Die Mitte selbst schätzt den Rechtsextremismus als größte Bedrohung für die Demokratie ein, und hierin liegt die Chance, ihm zu begegnen.

Positiv ist, dass sich die Mitte als demokratisch versteht, gegen Hass und Hetze wendet und Rechtsextremismus als Bedrohung sieht. Negativ ist in der Umfrage zu bewerten, dass sich die Mitte mit einem neuen antidemokratischen Populismus konfrontiert sieht, Einfallstor zum Rechtsextremismus, wie die Stiftung schreibt. Die „Mitte 2020/21“ ist aber selber in Teilen diesem antidemokratischen Populismus gegenüber offen und anfällig für Antisemitismus.

**Es gibt zwar einen Rückgang bei eindeutigen Zustimmungen zu rechten Einstellungen in fast allen Kategorien, aber wesentlich mehr abwägende „teils/teils“-Antworten.** Das kann bedeuten, dass die Mitte weniger diskriminierende Einstellungen vertritt und sich der Gefahr bewusster wird. Das kann aber auch bedeuten, dass die Mitte in Teilen abwertend eingestellt ist und sich in den Graubereich flüchtet.

Bei der Vorstellung der Studie betonte FES Vorsitzenden Martin Schulz MdB, dass er erschreckend finde, dass 42 Prozent der Befragten meinen, schwarzen Menschen seien zu empfindlich. Einen so hohen Befund hätte er nach der Black-Life-matter-Bewegung der letzten zwei Jahre nicht erwartet. Aber breites Bewusstsein herrsche nachwievor, dass der Staat ein hohes Maß an Verantwortung trage. **Diese Studie ermahne, weiter aktiv im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu sein. Und eines zeigt die Studie leider auch: Der Wahlerfolg der AFD führe zu einem größeren menschenfeindlichen Klima. Und auch, dass Populismus von Rechtspopulismus nicht zu trennen ist.**

# Wahlbeobachtungsmission bei Parlamentswahlen in Armenien

**Am 20.06.2021 fanden Parlamentswahlen in Armenien statt, die von der OSZE und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PVER) im Rahmen einer internationalen Wahlbeobachtungsmission gemeinsam beobachtet worden sind. Als Mitglied der PVER nahm ich an dieser Wahlbeobachtungsmission teil.**

Nach zahlreichen Briefings durch die OSZE wurde ich gemeinsam mit meinem italienischen Abgeordnetenkollegen Francesco Scoma in insgesamt acht Wahllokale entsandt. Darunter befanden sich zwei Wahllokale in Yerevan, der Hauptstadt Armeniens sowie insgesamt sechs weitere in der Region Lori, die mit der Stadt Vandazor etwa zwei Autostunden von Yerevan entfernt liegt.



## Wahlbeobachtungsmission bei Parlamentswahlen in Armenien

Fortsetzung von Seite 10

Unser persönlicher Eindruck deckte sich schließlich mit den Berichten der anderen Wahlbeobachter-Teams und mit dem Zwischenbericht, den die OSZE aus allen eingegangenen Berichten erstellt hat: der Wahlvorgang ist ordentlich, ruhig und im Einklang mit dem armenischen Wahlrecht vonstatten gegangen. Den ausführlichen Zwischenbericht gibt es hier auf Englisch zum Nachlesen.



[Link](#)

Erst einige Monate später wird die OSZE einen ausführlicheren Bericht veröffentlichen.



# Wahlbeobachtungsmission bei Parlamentswahlen in Armenien

Fortsetzung von Seite 11

**In den sozialen Medien habe ich während der Mission auch einige Fragen gesammelt, die meine Follower rund um das Thema Wahlbeobachtung interessiert haben. Gerne fasse ich die Antworten auch im Newsletter noch einmal zusammen:**

## **1) Wie wird man Wahlbeobachterin?**

Als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates werde ich zu unterschiedlichen Wahlbeobachtungsmissionen eingeladen. Dies trifft auf Abgeordnete aller Mitgliedstaaten des Europarates zu. Zusätzlich beobachtet auch die OSZE.

Man bewirbt sich also beim Europarat, dieser wählt nach politischer Zugehörigkeit und Geschlecht aus, sodass das Verhältnis insgesamt ausgewogen ist. Man kann allerdings auch als Nicht-Abgeordneter Wahlbeobachter werden, z.B. über das ZIF.



Fortsetzung von Seite 12

## 2) Geben alle Wahlbeobachter unabhängig voneinander Berichte ab oder sprechen sie sich ab?

Wir erstellen in Zweier-Teams Berichte, die anschließend gesammelt und zu einem schnellen Zwischenbericht zusammengefasst werden, der unmittelbar nach der Wahl erscheint. Gerade für innerstaatliche Debatten rund um die Rechtmäßigkeit der Wahl, ist dies leider oft von wesentlicher Bedeutung. Später erstellt die OSZE dann noch einen ausführlichen Bericht.

## 3) Konntet ihr eurer Aufgabe uneingeschränkt nachkommen?

In meinem Fall war das auf jeden Fall zutreffend. Auch von den anderen Kollegen habe ich nichts Gegenteiliges gehört. Als Beobachter ist uns jederzeit Zutritt zu allen relevanten Bereichen in den Wahllokalen zu gewähren.

# Wahlbeobachtungsmission bei Parlamentswahlen in Armenien

Fortsetzung von Seite 13

## 4) Sprichst Du als Wahlbeobachterin mit WählerInnen?

Nein, mit Wählerinnen und Wählern spreche ich im Rahmen der Mission nicht explizit. Wichtig ist, dass wir neutral sind und keinerlei Einfluss nehmen, - wir beobachten also tatsächlich nur. Wir befragen aber in den Wahllokalen Beobachter bzw. Wahlhelfer der Zivilgesellschaft und von unterschiedlichen politischen Parteien, ob es Beschwerden gibt, Mängel oder ob überhaupt welche anwesend sind.



## 5) Was genau überwachst Du?

Ich beobachte gemeinsam mit einem Kollegen, ob im weitesten Sinne die OSZE-Standards über demokratische Wahlen eingehalten werden bzw. ob auch der Wahlvorgang im Einklang mit dem nationalen Recht durchgeführt wird. Also ob z.B. das Wahlgeheimnis eingehalten wird, ob die elektronische Registrierung funktioniert etc.



# Der Breitbandausbau boomt:

Bund zahlt jetzt auch Oberschleißheim  
eine Förderung in Höhe von knapp 1 Million Euro

“

## 973.820 €

### Für schnelles Internet in Oberschleißheim

”

**Bis 2030 will die Bundesregierung rund elf Milliarden Euro für den nationalen Breitbandausbau zur Verfügung stellen.**

Vier Gemeinden im Landkreis - Garching, Unterschleißheim, Kirchheim und Oberschleißheim - haben aus diesem Topf inzwischen insgesamt rund 15 Millionen Euro Förderung erhalten. Das entspricht 50 Prozent der Ausgaben für die jeweiligen Projekte in den vier Gemeinden. In Oberschleißheim sind es nun knapp 1 Million Euro.

**Ich freue mich, dass mit den neuen Fördermillionen der Breitbandausbau einen großen Sprung machen kann.** Die Hilfe des Bundes trägt dazu bei, schnelles Internet in alle unterversorgten Gebiete zu bringen. Das liegt mir als Abgeordnete im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur sehr am Herzen. Hier wurde über die Förderung auch entschieden. **Der Netzausbau sorgt dafür, dass bald alle Bereiche innerhalb der vier Gemeinde gut für die digitale Zukunft gerüstet sind.**

# Bela Bach MdB

Für den Landkreis München in Berlin.



## Kontakt:

[bela.bach@bundestag.de](mailto:bela.bach@bundestag.de)

Mitglied im **Verkehrsausschuss**  
und **Petitionsausschuss**

Stellvertretendes Mitglied der  
**Parlamentarischen Versammlung**  
des **Europarates**

Ordentliches Mitglied des **Aus-**  
**schusses für Recht und Menschen-**  
**rechte der Parlamentarischen**  
**Versammlung des Europarates**

Stellvertretendes Mitglied im  
**Umweltausschuss**



**LINKS**



**INSTAGRAM**



**FACEBOOK**